

sbund  
ober ds. Is.  
2 Uhr ab  
ische ein  
Fest

vereins  
Ströle  
herzlich eingeladen.  
in ihren Bezirken

nigung  
le statt.  
and: Hölde.

Freunde und  
erstag, den 21.

thfelder,  
Kentschler.

Marktplatz  
schmarkt.

ne  
I  
an

all.

stoffe  
gung und  
e

bei der  
er Akt.-Ges.  
Karlsruhe 102.  
Telefon 1800.  
tretung frei.

nd-Teinach.  
Ankauf von  
ellen aller  
Art  
höchsten Tagespreisen  
it sich

Rasch berichtet  
das „Calwer  
Tagblatt“ über  
alle wissen-  
werten Vor-  
kommnisse!



Nr. 245. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hg. Restloos 2.- M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. Mittwoch, den 20. Oktober 1920. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Wiedereröffnung des Reichstags.

(W.B.) Berlin, 19. Okt. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Das Haus ist nur schwach besetzt, die Tribünen dagegen sind stark gefüllt. Der Präsident gedenkt vor Eintritt in die Tagesordnung der schweren Stunden, die unsere Volksgenossen in Oberschlesien während der Pause der Reichstagsverhandlungen durchmachen mußten und in der sie schwer unter der polnischen Willkür gelitten haben. Aber sie haben treu zum Vaterlande gehalten und wir haben die berechtigte Hoffnung, daß sie uns die Treue bewahren werden bis zu dem Tage, da sie wieder frei werden und wir in die Lage kommen, ihnen ihre Treue zu vergelten und Frieden und Ordnung ihnen wieder zu geben. Gegen die polnischen Bestrebungen, die Volksmeinung in Oberschlesien durch Fälschungen zu beeinflussen, hat die deutsche Reichsregierung bereits protestiert. Der Reichstag schließt sich diesem Protest an. Ueber die Frage der Dieselmotoren wolle er heute nicht sprechen, da der Reichstag binnen kurzem Gelegenheit nehmen werde, diesen Anschlag auf ein arbeitendes Volk zurückzuweisen. Mit Genugtuung lenkte er den Blick auf Kärnten, das soeben Zeugnis für das deutsche Volkstum und für ein noch ärmeres Staatswesen, als wir es sind, abgelegt hat. Alle diese Abstimmungen im Osten und Süden bereiten doch nur den Tag vor, an dem endlich alle Hemmnisse beseitigt werden und dem ganzen Volke die Freiheitsstunde schlägt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Ledebour (U.S.), den heute eingereichten Antrag Aberhold noch heute mit auf die Tagesordnung zu setzen, in dem gegen die Ausweisung der beiden Sowjetdelegierten Protest erhoben und die Regierung aufgefordert wird, die Ausweisungsverfügung sofort aufzuheben.

Abg. Schulz-Bamberg (D.) erhebt dagegen Einspruch. Selbstverständlich sei sich die Mehrheit des Hauses darüber klar, daß die Ausweisung so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse. Aber so eilig wie Ledebour den Antrag Aberhold darstelle, sei er denn doch nicht.

Präsident Löbe erklärt, insolge dieses Widerspruches könne der Antrag Aberhold heute nicht auf die Tagesordnung kommen, werde dafür aber morgen zur Erörterung gelangen.

### Eine Denkschrift über den Zustand in Oberschlesien

Berlin, 19. Okt. Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über den Zustand in Oberschlesien im August und September 1920 zugegangen. In der Denkschrift werden die polnischen geheimen Machenschaften in allen Einzelheiten dargelegt, sowie reiches allemähliges Material zum Beweise des polnischen Vorgehens beigebracht. Im Schlusssatz heißt es: „Noch jetzt sind die gesetzmäßigen Zustände im oberschlesischen Abstammungsgebiet nicht überall hergestellt. Die polnischen Geheimorganisationen bestehen nach wie vor. Ihre Führer sind auf freiem Fuße. Die Entwaffnungsaktion hat nur unvollkommene Ergebnisse erzielt. In einzelnen Landestellen haben die ordnungsmäßigen Behörden die Gewalt noch nicht wieder voll in den Händen. Von polnischer Seite wird dreister Widerstand geleistet. Die Grenze zwischen Polen und Oberschlesien ist offen. Die Arbeit in den Gruben und den Hütten kann erst allmählich in vollen Gang kommen. Ausschreitungen der Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung kommen fast täglich vor. Die gegenwärtigen Zustände im Abstammungsgebiet lassen die im Friedensvertrag verbürgte freie und unbeeinflusste Neufassung des Volkswillens nicht zu. Soll dem Friedensvertrag Genüge geschehen, so müssen Verhältnisse geschaffen werden, unter denen die Bevölkerung sich dessen sicher fühlen kann, daß nicht durch eine gewalttätige Minderheit ihre freie Stimmabgabe unmöglich gemacht wird.“

### Polnische Hehlügen.

(W.B.) Warschau, 19. Okt. Die Poln. Telegraphenagentur in Warschau meldet amtlich:

Die Haupttrichlinien der polnischen Außenpolitik bilden das Bestreben, alle Streitigkeiten mit dem Nachbar auf friedlichem Wege beizulegen. Dieses Bestreben findet im Rigaer Frieden, in den Abmachungen mit den Tschechen, sowie in den gegenwärtig in Paris stattfindenden deutsch-polnischen Verhandlungen seinen Ausdruck. Die polnische Regierung stellt mit großem Bedauern fest, daß die Bedrückungen und Schikanen, der die polnische Bevölkerung in den preussischen Abstammungsgebieten, am Niederrhein und in Westfalen ausgesetzt ist, eine schädliche Zuspitzung der Neutralitätsverhältnisse in den ehemals preussischen Teilgebieten hervorgerufen. Die deutschen Behörden entfernen aus Ostpreußen zahlreiche dort seit langem ansässige Polen trotz der Intervention und des Protestes des polnischen Konsuls in Königsberg. Ein solches Ver-

fahren der deutschen Behörden widerspricht nicht nur den internationalen Gebräuchen, sondern steht auch deutlich im Gegensatz zu Art. 277 des Versailler Vertrags. Der polnische Konsul in Königsberg gab dem Oberpräsidenten Siehr die Erklärung ab, daß im Falle weiterer unbegründeter Ausweisung von Polen eine ebensolche Anzahl preussischer Staatsbürger, die in ehemals preussischen Teilgebieten wohnen, ausgewiesen werde. Das Ministerium für das ehemals preussische Teilgebiet hat schon eine entsprechende Liste ausgearbeitet. Die polnische Regierung wird gezwungen sein, sich dieses radikalen Mittels zu bedienen, wenn die Berliner Regierung nicht eine energische Revision ihrer gegen die in Deutschland wohnenden Polen angewandten preussischen Verwaltungsmethode vornimmt.

Deutscherseits ist zu dieser amtlichen polnischen Veröffentlichung folgendes zu bemerken:

Es ist durchaus unzutreffend, daß die polnische Bevölkerung in den Abstammungsgebieten, am Niederrhein und in Westfalen Bedrückungen ausgesetzt wird. Deutsche polnischen Stammes finden bei deutschen Behörden regelmäßig ihr Recht. Wenn gelegentlich zwischen deutschen und polnischen Staatsangehörigen behauerliche Anaristigkeiten vorgekommen sind, so geschieht Ähnliches in mindestens gleichem Maße jenseits der polnischen Grenze und die deutsche Regierung bedauert ihrerseits die eine wie die andere Art von Unbill, die durch die gespannte politische Lage erklärt, aber nicht entschuldigt werden kann. Eine Rückfrage beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen hat ergeben, daß Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit in seinem Verwaltungsbereich niemals anders behandelt worden sind wie andere Ausländer. In den Fällen, in denen sich der polnische Konsul in Königsberg beschwerdeführend über Ausweisungsbefehle gegen polnische Staatsangehörige an den Oberpräsidenten gerichtet hat, ist ihm stets bereitwillig Auskunft gegeben worden. Amtliche Beschwerde hat der Konsul dem Oberpräsidenten darauf weiter nicht vorgebracht. Mit dieser Feststellung dürften die von der polnischen Regierung in ihrem Kommuniqué gezogenen Schlusfolgerungen bezüglich der Behandlung deutscher Reichsangehöriger in Polen entfallen. Da von einer Ausweisung oder von amtlichen Maßnahmen gegen deutsche Reichsangehörige polnischen Stammes nirgendwo die Rede ist, so kann wohl auch die polnische Regierung schwerlich eine Ausnahmebehandlung polnischer Staatsangehöriger deutschen Stammes in Polen ins Auge gefaßt haben.

### Der Krieg im Osten.

#### Der polnische Bericht.

(W.B.) Warschau, 19. Okt. Generalstabsbericht vom 18. Oktober: Unsere Truppen besetzten die Waffenstillstandslinie in Wolhynien. In Podolien warfen unsere Abteilungen den Feind, der seine Stellung hier erweitern wollte, und besetzten Nitopol, Terespol, Romosonstantinow.

#### Die Erfolge Wrangels.

Konstantinopel, 19. Okt. Seit Beginn der Operationen auf dem rechten Dnjepr-Ufer haben die Truppen des Generals Wrangel 14 000 Gefangene gemacht, sowie eine große Beute eingebracht. Nordöstlich des Taurus wurden sechs bolschewistische Divisionen vernichtet.

#### Französische Meldungen über die Kriegslage.

Konstantinopel, 19. Okt. (Havas.) Wie die Agentur „Ruf-Agent“ meldet, haben die Truppen der südrussischen Regierung nordwestlich von Nitopol ihre Offensive fortgesetzt, den Widerstand der kommunistischen Regimenter gebrochen und zahlreiche Gefangene gemacht. Auf der Nordost-Front haben die bolschewistischen Truppen erhebliche Verluste erlitten und Gelände aufgeben müssen.

#### Minsk von den Bolschewisten wieder besetzt.

(W.B.) London, 19. Okt. Der „Times“ zufolge melden die Bolschewisten die Wiedereinnahme von Minsk, das von den Polen ausgegeben worden ist.

#### Ein bolschewistischer Sieg über Wrangel.

Stockholm, 19. Okt. Aus Moskau wird gemeldet: Die Sowjettruppen haben einen großen Sieg über Wrangel im Raume von Nitopol davongetragen. Wrangels Kavallerie ist vollständig aufgerieben und befindet sich nach ungeheuren Verlusten auf voller Flucht. — Die übertriebenen Siegesmeldungen von Havas in den letzten Tagen waren schon etwas verdächtig; es ist also gut möglich, daß Wrangel wieder einmal geschlagen wurde.

(W.B.) London, 19. Okt. Laut „Times“ wird drahtlos aus Moskau gemeldet, daß der größte Teil des Vermögens des Emirs von Buhara, das viele Milliarden Rubel beträgt, der Bolschewik zugesichert worden ist.

#### Belagerungszustand über Petersburg und Moskau.

(W.B.) Kopenhagen, 20. Okt. (Havas.) Nach der „Prawda“ ist über 12 russische Departements, darunter Moskau und Petersburg, der Belagerungszustand verhängt worden. — (Es scheint, daß die Bolschewisten selbst innerhalb ihrer engsten Regierungskreise nicht mehr sicher sind.)

### Zum polnisch-litauischen Kampf um Wilna.

Wilna, 19. Okt. Außer dem französischen Konsul, der auf seinem Posten bleibt, haben alle Mitglieder der zivilen und militärischen Kommissionen, die sich in Wilna befanden, die Stadt verlassen und sich nach Kovno begeben. Man meldet, daß in der Stadt völlige Ruhe herrscht. Immerhin ist man wegen der Frage der Lebensmittelversorgung etwas beunruhigt.

### Der polnische D'Annunzio.

(W.B.) Warschau, 19. Okt. Nachrichten aus Wilna besagen, daß bei einer feierlichen Sitzung der vorläufigen Verwaltungskommission General Seligowski eine Erklärung verlas, in der er sein Vorgehen auseinandersetzt und sein Programm darlegte. Alle Mitglieder der vorläufigen Regierung sollen den Eid geleistet haben.

### Japanische Truppen an der mandtschurischen Grenze.

(W.B.) London, 19. Okt. Aus Tokio wird gemeldet: Der japanische Minister des Äußeren teilt mit, daß, obwohl die chinesische Regierung sich geweigert hat, mit den japanischen Behörden an der Unterdrückung der Umtriebe von Banditen an der koreanisch-mandschurischen Grenze mitzuwirken, die Japaner dennoch die Entsendung ausreichender Truppen zur Unterdrückung der Banden forsetzen. Es wird hinzugefügt, daß es sich bei dieser Entsendung nur um eine zeitweilige Maßnahme handelt. — (Man hat den Eindruck, daß es sich hier eher um japanische Maßnahmen für alle Fälle handelt.)

### Ein holländischer Kommunist gegen den bolschewistischen Terrorismus.

(W.B.) Amsterdam, 19. Okt. (Havas.) Der holländische Kommunist Gorter hat einen Brief an Lenin gerichtet, in dem er die bolschewistischen Methoden verurteilt. „Der Kampf des westlichen Proletariats gegen den Kapitalismus“, so schreibt er, „ist nicht überall gleich. Er wird eher durch moralische als durch physische Kräfte gewonnen. Weder Sie noch Radek haben dies begriffen.“ Der ganze Brief ist eine heftige Anklage gegen den Bolschewismus Russlands und sein Vorgehen, das Gorter als gehässig bezeichnet.

### Zur äußeren Lage.

#### Der „Wiedergutmachungs“-Schwindel zwischen England und Frankreich.

Paris, 19. Okt. Wie der „Temps“ mitteilt, werden die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Bedingungen, unter denen die in Spa vorgesehene technische Kommission in Brüssel zusammentreten soll, fortgesetzt. Der englische Botschafter in Paris hat am Sonnabend am Quai d'Orsay eine Note überreicht, um einige Aufklärungen über den französischen Vorschlag zu erlangen, nämlich wer die Sachverständigen seien, die an den Beratungen von Brüssel teilnehmen sollen, d. h. ob es obligatorisch die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses sein sollen oder Spezialisten, die die Wiedergutmachungskommission ernannte. Der „Temps“ sagt, die englische Regierung sei heute genau über den französischen Standpunkt unterrichtet.

#### Die Entente einig in der Entschädigungsfrage.

(W.B.) Genes, 19. Okt. (Durch Funkspruch.) Wie von maßgebender Seite erklärt wird, sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen, der belgischen und der französischen Regierung bezüglich der Vorkonferenz von Sachverständigen über die Wiedergutmachungen und bezüglich der größeren Konferenz, die darauf folgen soll, so gut wie ausgeglichen. Deutschland wird auf beiden Konferenzen vertreten sein.

#### Vom „Völkerbund“.

Brüssel, 19. Okt. Auf der Tagesordnung der morgen beginnenden Session des Völkerbunds stehen außer den bereits gemeldeten Punkten u. a. noch die Anträge des Großherzogtums Luxemburg und Finnlands auf Zulassung zum Völkerbund. Luxemburg wünscht, daß seine Neutralität von der Kommission anerkannt werde. In politischen Kreisen glaubt man, daß der Völkerbundsrat die Prüfung der Frage der Danziger Verfassung verschoben wird.

#### Die „Freie“ Stadt Danzig.

Paris, 20. Okt. (Havas.) Der Botschafterrat genehmigte den Entwurf des Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich wird am nächsten Samstag die Uebereinkunft gleichzeitig mit dem Beschluß der Mächte, wonach die Stadt Danzig unter dem



Schutz des Völkerbundes zur Freien Stadt erhoben wird, unterzeichnet werden.

### Die Entente und das Kärntner Abstimmungsergebnis.

(W.B.) Paris, 19. Okt. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat die Völkervereinigung die Regierung in Wien wissen lassen, daß die alliierten Mächte das Ergebnis der Volksabstimmung von Klagenfurt respektieren werden. Die Großmächte rechnen aber andererseits darauf, daß Oesterreich die Verträge von Versailles und St. Germain nicht verletze, sowie den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ohne vorherige Genehmigung des Völkerbundes verbiete. — (Nach den Verträgen haben die Ententemächte die Abstimmung zu respektieren, und zwar ohne Bedingungen.)

### Eine Auslieferungsliste der Entente für Bulgarien.

\* Berlin, 20. Okt. Wie verschiedene Morgenblätter aus Sofia melden, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in der sie die Auslieferung von 507 Militär- und Zivilpersonen verlangt. Auf der Liste befinden sich u. a. der frühere König Ferdinand und sein Ministerpräsident Radostawow, die sich angeblich beide in Deutschland aufhalten sollen. — (Natürlich die deutschen Fürsten muß man überall treffen. Die Gemeinheit der Entente kennt tatsächlich keine Grenzen.)

### Die Türkei unter der Fuchtel der Entente.

(W.B.) Konstantinopel, 19. Okt. Der französische, englische und italienische Oberkommissar wurden nacheinander vom Sultan in Audienz empfangen, dem sie den durch die Lage in Anatolien hervorgerufenen schlechten Eindruck zur Kenntnis brachten und darauf hinwiesen, daß der Vertrag von Sevres vollständig erfüllt werden müßte, sowohl hinsichtlich der europäischen Türkei, als auch Anatoliens. Der Sultan empfing unmittelbar darauf den Großwesir. Ein sich daran anschließender Ministerrat hat sehr lange getagt.

### Wilson gegen die französische Einmischung in Amerikas Politik.

Washington, 20. Okt. (Havas.) Präsident Wilson hat den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding ersucht, ihm offiziell mitzuteilen, ob es wahr sei, daß er nichtoffiziell einen Vertreter Frankreichs empfangen habe und daß dieser ihn ersucht habe, darauf hinzuwirken, daß die Vereinigten Staaten einen Weg öffneten für die Freundschaft der Völker. Wilson betonte den Ernst einer derartigen Mitteilung, wenn Frankreich als Mitglied des Völkerbundes sich mit einem solchen Gesuch an den Bürger eines Völkerbundes wende, das noch außerhalb des Völkerbundes stehe. — Nach einer weiteren Meldung soll Wilsons Sekretär, Tumulty, erklärt haben, es werde eine Anfrage an die französische Regierung über die Erklärung Hardings gerichtet werden. — Man kann es begreifen, daß Wilson entsetzt ist, wenn ihn seine Freunde heute schon als erledigt betrachten, während die Wahlen doch erst im November sind.

## Ausland.

### Das endgültige Ergebnis der Wahlen in Oesterreich.

Wien, 19. Okt. Der neugewählte Nationalrat setzt sich einschließlich der bisherigen Kärntner Mandate zusammen: 78 Christlichsoziale, 72 Sozialdemokraten, 16 Großdeutsche, 3 Mitglieder der Bauernpartei, 1 Mitglied der Bürgerlichen Arbeitspartei. Zu diesen Mandaten kommen noch 15 Mandate, die auf Grund der Reststimmen unter die in Betracht kommenden Parteien aufgeteilt werden. Die Sozialdemokraten verlieren 7, die Großdeutschen 8 Mandate, darunter 3 an die von ihnen abgespaltene Bauernpartei, die Jüdisch-nationale und Tschechoslowaken verlieren je 1 Mandat. Die Christlichsozialen gewinnen 14 Mandate.

### Die Bevölkerung Belgiens.

Brüssel, 19. Okt. Dem Amtsblatt zufolge betrug die Gesamtbevölkerung des Königreichs Ende Dezember 1919 7 575 027 Seelen. Für das Jahr 1919 ergibt sich ein Bevölkerungszuwachs von 23 880 Seelen.

### Der belgische Gewerkschaftskongress für die Verstaatlichung der Industrie.

Brüssel, 19. Okt. Der Gewerkschaftskongress sprach sich einstimmig zu Gunsten der etappenweisen Verstaatlichung der Industrie aus. Als erste zu verstaatlichende Zweige werden genannt: Eisenbahnen, Seetransportwesen, Kohlenminen, Versicherungen, Kreditinstitute, Banken, Beleuchtungswesen und Kraftwerke.

### Tuberkulosekonferenz in Paris.

(W.B.) Paris, 19. Okt. Die Internationale Tuberkulosekonferenz ist gestern hier unter dem Vorsitz des Ministers für Gesundheitswesen Breton eröffnet worden. Professor Philip von der Hochschule in Edinburgh erklärte, nur dort würde die Tuberkulose ihre verheerende Wirkung noch nicht ausüben, wohin die Kultur noch nicht vorgedrungen sei. Das beweise klar, daß diese Geißel der Menschheit nur bei Beseitigung zweier Hauptpunkte: Keim und Umgebung bekämpft werden könne. Dieses Ziel könne durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden. Zum Sitz der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde Genf bestimmt. — (Bekanntlich hat die Entente ja ihr Möglichstes getan, das Fortschreiten der Tuberkulose in Europa zu fördern.)

### Der Kohlenarbeiterstreik in England.

(W.B.) Amsterdam, 19. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Mit Ausnahme der allernotwendigsten Arbeiten zur Entwässerung und Ventilation der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlengruben vollständig.

Sorfea, 20. Okt. (Durch Funkpruch.) Gestern Nachmittag war das Unterhaus in Erwartung der Debatte über den Kohlen-

## Amthliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

**Bekanntmachung betr. Austauschheine für Mehger.**  
Den Herren Ortsvorstehern derjenigen Gemeinden, in welchen gewerbmäßige Mehgerbetriebe vorhanden sind, gehen dieser Tage Bordrucke zwecks Entgegennahme von Anträgen zur Erlangung von Austauschheinen für Mehger zu.  
Die Bordrucke sind genau auszufüllen und dem Oberamt baldmöglichst wieder vorzulegen.  
Oberamtmann: G. S.

arbeiterstreik nicht besteht. Der Präsident des Handelsamtes, Sir Robert Horne, gab eine Uebersicht über die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern. Er sagte, er habe bis zum Schlusse die Hoffnung gehabt, daß die Bergarbeiter den Rat ihrer Führer annehmen und die Vorschläge der Regierung in Erwägung ziehen würden. Der Bergarbeiterführer Brace erklärte, als Bergarbeiter betrachte er den Streik als ebenso großes Unglück für die Bergleute wie für die Nation. Er schlug die Bildung eines nationalen Amtes zur Regelung der Bergarbeiterlöhne vor.

### Englische Siegesfeier.

(W.B.) Horsea, 19. Okt. (Durch Funkpruch.) Es ist beschlossen worden, wie im vorigen Jahre am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandsvertrags, um 11 Uhr vormittags, in ganz Großbritannien 2 Minuten lang jede Bewegung zu unterbrechen.

### Der englische Handel mit deutschen Schiffen.

(W.B.) Amsterdam, 19. Okt. „Daily Mail“ meldet, daß Lord Inchaape, der im Auftrag der britischen Regierung über die ehemals deutsche Tonnage zu verfügen hat, die laut Friedensvertrag England zugewiesen worden ist, mitgeteilt hat, daß er über 48 deutsche Schiffe verfügt hat. Der erzielte Preis betrug 4 786 975 Pfd. Sterl. Das bedeutet etwas mehr als 18 Pfd. Sterl. für die Tonne. Kein einziges Passagierschiff und kein einziges der bekannten Schiffe wie „Bismarck“ und „Imperator“ haben Käufer gefunden. Die sechs größten veräußerten Schiffe waren: „Berlin“, „Mobile“, „Zeppelin“, „Königin Luise“, „Prinz Ludwig“ und „König Friedrich August“.

### Der englische Schiffsbau.

Horsea, 19. Okt. (Durch Funkpruch.) Lloyd's Schiffsregister für das am 30. September zu Ende gegangene Vierteljahr zeigt, daß die Ueberlegenheit Großbritanniens im Schiffsbau wieder besteht. Während der letzten 18 Monate hat sich die im Bau befindliche Tonnage im vereinigten Königreich von 2 1/2 Millionen auf den augenblicklichen Rekordstand von insgesamt 3 1/2 Millionen Tonnen erhöht. Während desselben Zeitraums ist die im Bau befindliche Tonnage in den Vereinigten Staaten von vier Millionen auf insgesamt 1 772 000 Tonnen gesunken.

### Das englische Unterhaus und die irische Frage.

London, 20. Okt. Auf verschiedene Anfragen aus parlamentarischen Kreisen wurde im Unterhaus erwidert, daß die Regierung die Absicht habe, die Gesetzesvorlage über die Regierung in Irland den beiden Häusern zur Abstimmung vorzulegen. Bonar Law erklärte, daß die Regierungspolitik während dieser Zeit dahin gehe, die Nordpolitik in Irland zu unterdrücken (oder vielmehr zu unterstützen). Das Haus ging dann zur Debatte der durch den Bergarbeiterstreik geschaffenen Lage über.

### Wie die Republik in Griechenland vorbereitet wird.

(W.B.) Paris, 20. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat sich der Gesundheitszustand des Königs Alexander verschlechtert, da eine Lungenerkrankung (?) hinzugekommen ist. — (Man sieht, es geht alles einen durchaus „gläubwürdigen“ Weg.)

## Deutschland.

### Die Franzosenherrschaft im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 19. Okt. Der „Frf. Ztg.“ zufolge erschienen in drei Mainzer Schulen französische Kriminalpolizei und Gendarmen und behauptete, daß sich in den Kellern der Schulgebäude Waffen- und Munitionslager befinden. Eine bis ins kleinste durchgeführte Untersuchung, bei der sogar Wände eingeworfen wurden, erwies die Haltlosigkeit der Behauptung.

### Am unsere Kriegsgefangenen in Frankreich.

(W.B.) Berlin, 19. Okt. Mit Rücksicht auf die beunruhigenden Nachrichten, die über die Behandlung und die Gemütsverfassung der in und um Avignon laut Friedensvertrag noch zurückgehaltenen bestraften deutschen Kriegsgefangenen letzthin durch die Presse gegangen sind, begibt sich der Vorsitzende des Hauptauschusses für Kriegsgefangene bei der deutschen Friedensdelegation in Paris dieser Tage an Ort und Stelle, um sich einen Eindruck von der augenblicklichen Lage zu verschaffen und gegebenenfalls auf deren Besserung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken.

### Die Frage der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung.

(W.B.) Berlin, 19. Okt. Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats wird sich in seinen demnächstigen Beratungen mit der Frage der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung befassen, die nach Art. 165 der Reichsverfassung in Aussicht genommen ist. In diesen Verhandlungen werden auch die grundsätzlichen Richtlinien für die künftige Gestaltung der amtlichen Berufsvertretungen (Industrie- und Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern) gefunden werden müssen. Nach ihrem Abschluß beabsichtigt die Reichsregierung den Entwurf zu einem Reichsrahmengesetz über die landwirtschaftliche Berufsvertretung, worüber bereits seit längerer Zeit im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Referentenentwurf fertiggestellt ist, den gegebendenden Körperschaften des Reichs vorzulegen. Das Rahmengesetz wird eine Reichslandwirtschaftskammer schaffen

und die Richtlinien für den Aufbau der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen in den einzelnen Ländern aufstellen.

### Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenförderung.

(W.B.) Berlin, 19. Okt. Vom Arbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Infolge des Ueberflusses an Kohlen erhielten die Ueberflüssigen verfahrenen Bergleute des Ruhrreviers verbilligte Textil- und Schuhwaren. Das Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium hat in den letzten Wochen für insgesamt 83,13 Millionen M. Schuhwaren und Textilien in Auftrag gegeben, davon für 17,6 Millionen M. Textilien an die sächsische Industrie, die damit den größten Anteil erhalten hat. Bei der guten Entwicklung des Ueberflüssigenwesens, die von dem wirtschaftlichen Verständnis der Bergleute zeugt, bilden diese Bestimmungen nur den Anfang einer großen Aktion, die zugleich eine wirksame Unterstützung der notleidenden Textil- und Schuhwarenindustrie bedeutet. Es sind Verhandlungen im Gange, um dieser Aktion dadurch noch einen weiteren Rahmen zu geben, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu ihrer Unterdrückung herangezogen werden.

### Ein Ultimatum der Mainzer Arbeiterschaft an die rheinbesessenen Bauern.

Berlin, 20. Okt. Einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Mainz zufolge hat die Mainzer Arbeiterschaft infolge Zurückhaltung und Verschiebung von Kartoffeln an die rheinbesessenen Bauernschaft ein Ultimatum gestellt, zu bestimmter Stunde ortsweise zehn Zentner pro Morgen zum Preise von 25 Mark abzuliefern, andernfalls Selbsthilfe Platz greifen werde.

## Vermischtes.

### Ein neues Attentat auf die Erungenschaften der deutschen Wissenschaft.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Es ist hier in letzter Stunde gelungen, einen Riesenbetrug von Geheimverfahren und bisher nicht veröffentlichten Patenten der deutschen chemischen Industrie und ihren Verkauf an das Ausland zu verhindern. Die Chemischen Werke Griesheim-Electron, Deutsche Gold- und Silberseideanstalt in Frankfurt, Rhénania in Mannheim und die Brüder Böfflinger in Niederingelheim hatten eine bedeutende Anzahl von Geheimverfahren zur Erzeugung chemischer hochwertiger Produkte beim Reichspatentamt angemeldet und die Berechnungen und Dokumente darüber bei einem Frankfurter Patentanwalt hinterlegt. Hier wurden sie durch eine Sekretärin des Patentamts auf Anstiften ihres Bräutigams, eines Mechanikers, gestohlen. Die Urheber des Planes waren ein 33jähriger Architekt und ein Musiker. Die beiden letzteren waren mit ausländischen Agenten in Verbindung getreten und hatten es übernommen, diese in den Besitz der unbegreiflichen Dokumente zu setzen. Die Patente, die einen Koffer füllten, sollten vor etwa 10 Tagen durch einen Bruder des Mechanikers nach einer Stadt im besetzten Gebiet geschafft und hier von ausländischen Agenten gegen hohe Bezahlung in Empfang genommen werden. Der Architekt übergab an der Nikolaiskirche dem Mechaniker den Koffer zur Wegschaffung. Dieser Vorgang war jedoch von einem Fuhrmann bemerkt worden, der sofort die Polizei benachrichtigte. Polizeibeamten gelang es daraufhin, unmittelbar vor dem Hauptbahnhof die Diebe mit dem Koffer abzufangen. Der Koffer barg tatsächlich eine Fülle der wichtigsten Patente aus der deutschen Industrie. Die Untersuchung, ob weitere Patente bereits an das Ausland verkauft worden sind, ist im Gange. Die weiteren Feststellungen der Kriminalpolizei zeigten dann ein ganzes Rotteneß von Dieben, Schwindlern und Landesverrätern und führte zur Verhaftung von 9 Personen. Nach Angabe der Chemischen Werke hätte die deutsche Industrie, wenn der Streich gelungen wäre, einen Schaden erlitten, der einfach in die Milliarden gegangen wäre, wenn er überhaupt wieder gutzumachen gewesen wäre. Einige der Haupttäter hatten von den Ausländern bereits hohe Summen zur Ausführung des Patentraubs erhalten. Viele der Patente stellen das Ergebnis langer, teilweise 10- bis 15jähriger Arbeit deutscher Ingenieure und Chemiker dar und sollten aufs neue ein Triumph deutscher Geistesarbeit und Wissenschaft werden.

### Welche Mädchen bleiben am meisten sitzen?

Nach der neuen Statistik ergibt sich die Tatsache, daß dem Prozentfuß nach die sogenannten Hausdächter am wenigsten Aussicht haben, unter die Haube zu kommen, die berufstätigen Mädchen dagegen die meiste Aussicht. Die Statistik lehrt auch, daß das Eheglück selbst unbemittelten Mädchen eher winkt, als vermögenden Hausdächtern. Von 1000 unbemittelten Mädchen, die eine Ehe eingingen, hatten nur 162 keinen Beruf! Von 1000 Handlungsgehilfsinnen aller Art schreiten rund 800 zur Ehe. Auch akademisch oder sonstwie höher gebildete, berufstätige Frauen heiraten in der großen Mehrzahl, mit alleiniger Ausnahme der Lehrerinnen, von denen auf je 1000 merkwürdigerweise nur etwa 380 in den Ehestand treten.

### Prophezeiungen ohne Ende.

Ein eigenartiger Prophet namens Mariarty hat zurzeit in Mannheim sein Zelt aufgeschlagen und weisagt tagtäglich vor ausverkauftem Haus im Musenjaale den Besuchern die kommenden Ereignisse. Aus seiner Prophezeiung sei nur ein Abschnitt herausgegriffen, dessen Begutachtung wir den Lesern überlassen: „Der Zweite Weltkrieg. Dauer 3 Jahre. Beginn 1921: Japan und China gegen Amerika; England und Frankreich amerikanischer Bundesgenosse; Deutschland und Rußland Verbündete; England verliert seine Kolonien; Deutschland erobert Elß-Lothringen zurück (1923) und erhält seine Kolonien wieder; Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich; in allen Ländern Revolution; halb Frankreich infolge Unruhen ein Trümmerhaufen; Polen zerfällt; Deutschland atmet zum ersten Mal wieder auf und man schreibt 1924. Sein alter Kaiser hat inzwischen ein gewalttames Ende gefunden.“



Landwirtschaftlichen  
beru aufstellen.  
oblenförderung  
tsministerium wird  
bommens erhielten  
des Aufrevidies  
Reichsarbeitsmin-  
irtschaftsministerium  
83,13 Millionen M.  
geben, davon für  
e Industrie, die da-  
der guten Entwick-  
wirtschaftlichen Ver-  
Bestimmungen nur  
leich eine wirksame  
Schuhwarenindustrie  
e, um dieser Aktion  
er, daß die Mittel  
der Unterdrückung

itererschaft  
tischen Bauern.  
Berliner Tageblatt  
erschaft infolge Zu-  
an die rheinhesi-  
bestimmter Stunde  
reise von 25 Mo-  
fen werde.

ngenschaften  
aft.

in letzter Stunde  
beschaffen und bis-  
deutschen chemischen  
nd zu verbinden.  
Deutsche Gold- und  
in Mannheim und  
hatten eine bedeu-  
zeugung chemischer  
t angemeldet und  
bei einem Frank-  
den sie durch eine  
ihres Bräutigams,  
jeder des Planes  
säkter. Die beiden  
n Verbindung ge-  
ante, die einen  
durch einen Bruder  
Gebiet geschäft-  
hohe Bezahlung in  
übergang an der  
zur Wegschaffung.  
dann bemerkt wor-  
Volizeibeamten  
Hauptbahnhof die  
offer barg tatsäch-  
ereits an das  
ge. Die weiteren  
dann ein ganzes  
nachverrättern und  
Nach Angabe der  
wenn der Streich  
nfaß in die Mil-  
ieder gutzumachen  
nen von den Aus-  
ung des Patent-  
Ergebnis langer,  
Ingenieure und  
Triumph deutscher

ffen sitzen?  
Tatsache, daß dem  
wenigsten Aussicht  
stättigen Wänden  
hört auch, daß das  
winkt, als ver-  
tellen Mädchen,  
nen Beruf! Von  
en rund 800 zur  
gebildete, beruf-  
st, mit alleiniger  
1000 merkwürdi-

de.  
ty hat zurzeit in  
eisjaght tagtäglich  
besuchern die tom-  
sei nur ein Ab-  
wir den Lesern  
Jahre. Beginn  
land und Frank-  
nd und Rußland  
Deutschland er-  
st seine Kolonien  
reich; in allen  
ige Anruhen ein-  
atmet zum ersten  
alter Kaiser hat

## Beginn der Herbsttagung des Landtags.

(S. 8.) Stuttgart, 19. Okt. Nach mehr als dreimonatlicher Pause trat gestern nachmittag der Württemb. Landtag zu seiner Herbsttagung zusammen. Die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen. Auch sämtliche Minister sind im Hause anwesend.

Präsident Walter eröffnete die 11. Sitzung um 4 1/2 Uhr mit begrüßenden Worten und gab den Austritt des Abg. Wurm (B.-P.) aus dem Hause bekannt, für den der frühere Abg. Theodor Fischer, Tapeziermeister in Stuttgart, eintreten wird, wenn der Legitimationsausschuß die Wahlprüfung vorgenommen hat. Der Präsident gab sodann zahlreiche Einläufe und Gesekentwürfe bekannt. Die Staatsanwaltschaft Tübingen beantragt die Strafverfolgung des Abg. Körner (B.-P.) wegen Beleidigung des Ministers des Innern, die Staatsanwaltschaft Stuttgart die des Abg. Schuler (U.S.P.) wegen Beleidigung des Schultheißen in Grafenberg (D. N. R. Tübingen). Der Vorsitzende der Mitgliedervereinigung der U. S. P., Abg. Kinkel, gibt in einem Schreiben an das Präsidium bekannt, daß von der bisherigen Mitgliedervereinigung die Abgg. Faulstich, Maier, Müller, Schmed und Stetter ausgeschieden sind (Zuruf links: Hört, hört!). Dies hängt bekanntlich mit der Spaltung der U. S. P. und dem Anschluß der Ausschließlichen an die 3. Internationale zusammen.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein. Es kamen zunächst 15 kleine Anfragen zur Beantwortung. Der Unabhängige Maier hatte wegen der Einwohner- und Verkehrswehren, wegen Neuanwerbungen zu diesen und wegen Verwendung von Studenten an der polizeilichen Operation in Heidenheim angefragt. — Minister Graf hat eine klare und eindeutige Antwort gegeben. Von Neuanwerbungen sei der Regierung nichts bekannt, die Verkehrswehr gehöre zu den Organisationen, die unumgänglich nötig seien, um die Verkehrsanlagen zu schützen, wenn gewisse Teile der Bevölkerung, denen der Antragsteller nicht ferne stehe, solche Anlagen mit Gewalt zerstören wollen. Dem Leiter der Verkehrswehr und dieser spreche er uneingeschränktes Lob und Anerkennung aus. Die Staatsregierung begrüße dankbar die aus Studententreffen geleistete Hilfe und weise mit Enttäuschung Form und Inhalt der Anfrage zurück. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Keil (Soz.): Bei der Einführung des Instituts der „kleinen Anfragen“ ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß Frage und Antwort rein sachlich gehalten sind. Die Antwort darf keinen Anlaß zu polemischer Auseinandersetzung geben. Die eben gehörte Antwort würde der bisherigen Übung nicht entsprechen.

Präsident Walter: Eine Kritik ist geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig. Die Sache ist erledigt, da bereits die nächste Anfrage aufgerufen ist.

Minister Graf: Das Echo, das die Anfrage gefunden hat, hängt mit dem Ton der Anfrage zusammen.

Aus der großen Zahl der Anfragen seien noch folgende hervorgehoben: Die Anfrage Winter (Soz.) wegen Kündigung der Amtsförperschaft Ellwangen an 69 Straßenwärter. Minister Graf betont, daß das Ministerium dem Bezirksrat Ellwangen dringend nahe gelegt habe, die Straßenwärter, die ein nennenswertes Dienstalter haben, wieder anzustellen. Im übrigen sei die Angelegenheit noch in der Schwebe. Ferner die Anfrage Farny (Ztr.) über Bienenzüchter, die dahin vom Ernährungsminister beantwortet wird, daß Auslandszucker zur Verfügung gestellt wurde. Weiter eine Anfrage Dr. Beißwänger (B.-P.) über württemb. Zucker, der in Basel verkauft worden sein soll. Ernährungsminister Schall erklärt, daß die Untersuchung bisher keinerlei Anhaltspunkte ergeben hat, daß deutscher Zucker nach der Schweiz verschoben worden sei. Die Anfrage Rossmann (D. B.) über Vorschüsse an Beamte zur Herbstbeschaffung beantwortet Minister Liesching dahin, daß er die vierteljährliche Gehaltsvorauszahlung an die Beamten als hinreichend für Herbstbeschaffungen ansehe. Vorschüsse seien das Unwirtschaftlichste und Törichte. Eine Anfrage Winter (Soz.) will Auskunft über die Erhöhung des Grund-, Gewerbe- und Gebäude-

katasters. Nähere Auskunft hierüber soll bei Beratung des Landessteuergesetzes (Art. 8) gegeben werden. Die Anfrage Bikes (D. B.) über Getreideschiebungen an der badischen Grenze beantwortet Minister Schall, der auf der Tribüne sehr schwer verständlich ist, mit Schilderungen der Ueberwachungsmaßnahmen.

Die großen Anfragen über den Generalfreik, die Steigerung der Preise für Nahrungsmittel, die von den beiden sozialistischen Parteien eingebracht wurden, sollen nach Erklärung des Staatspräsidenten wieder in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schluß der Sitzung 1/6 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, mit der Tagesordnung: 1. Wahlen; 2. Beratung des vorläufigen Staatshaushalts, 3. große Anfragen wegen Generalfreik und Teuerung.

## Neue Gesekentwürfe.

Der Gesekentwurf über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 sieht eine Verlängerung des Provisoriums bis zum 31. Dezember d. J. vor. Der Gesekentwurf über Aufhebung der Arbeiter- und Bauernräte bringt die Aufhebung der bisher noch bestehenden Gesetze über diese Räte, deren Landesauschuß sich schon am 1. April d. J. aufgelöst hat. Das Gesetz über Änderung der Körperschaftsformen sieht als Ersatz für die Kosten der technischen Betriebsführung einen an die Staatskasse zu leistenden Beitrag von jährlich 5 M für 1 Hektar Waldfläche fest.

## Das Theatergesetz.

Nunmehr liegt auch der Entwurf eines Gesetzes, der den Aufwand für das Landestheater regelt, vor. Es wird darin bestimmt, daß das Württ. Landestheater als staatliche Anstalt dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens untersteht und sodann der Aufwand für das Theater näher geregelt. Die Stadtgemeinde Stuttgart hat zum persönlichen und jaglichen Aufwand von 1. April 1920 an einen jährlichen Beitrag zu leisten, der 50 Prozent des sich ergebenden Abmangels betragen soll. Der Beitrag ist monatlich zu leisten. Ein Theaterauschuß aus zwei Vertretern des Staats und zwei der Stadt ist dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens beigegeben, der über den Haushaltsplan, die Eintrittspreise, den Spielplan, die Besetzung des Intendantenpostens seine beratende Stimme abzugeben hat. In der Begründung wird gesagt, daß es sich nicht um ein Ausnahmegesetz gegen die Stadt Stuttgart handelt, sondern nur um die Aufwandserteilung für eine öffentliche, der Allgemeinheit dienende Einrichtung. Die Beizlegung der benachbarten Gemeinden oder Bezirke zur Tragung des Aufwands ist in Aussicht genommen.

## Das Schullastengesetz.

Der nunmehr im Druck erschienene Entwurf des Schullastengesetzes regelt die Beteiligung der Gemeinden an den Besoldungen der Lehrkräfte, bringt aber noch keine grundsätzliche Lösung der Frage der persönlichen Schullasten. Die vorläufige Regelung sieht vor, daß für den persönlichen Aufwand bei Volks-, Gewerbe- und Handelsschulen die Gemeinden den bisherigen durch Gesetz festgelegten Anteil zu tragen haben, während bei den höheren und Frauenarbeitschulen zu den bisherigen Gemeindeleistungen zu sich Lage von 100 Proz. treten. An dem Rechtsverhältnis zwischen Staat und Gemeinden über die Verteilung der Schullasten bringt das Gesetz keine Änderung. Der Gesamtaufwand für 1920 beträgt 155 Mill. M. (im Vorjahr 73 Mill. M.). Davon haben die Gemeinden 21,5 Mill. (12 Mill.), der Staat aber 133,4 Mill. (61 Millionen) zu tragen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Oktober 1920.

### Vortrag über das Reichsnotopfer.

\* Im Gasthof zum „Bad Hof“ findet morgen abend 8 Uhr auf Veranlassung des Handels- und Gewerbevereins ein Vortrag über das Reichsnotopfer statt, in welchem der Steuerberater der Handwerkskammer Reutlingen an Hand der (mitzubringenden) Steuererklärungsformulare das Gesetz erläutert wird.

### Keine Aufhebung der Bewirtschaftung der Gerste und des Habers.

Wie das WB. aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfährt, entbehren die Gerichte, daß im Laufe des Wirtschaftsjahres (spätestens im Frühjahr 1921) die

öffentliche Bewirtschaftung der Gerste und des Habers aufgehoben oder die Preise für Gerste und Hafer erhöht werden würden, jeder tatsächlichen Grundlage. Es ist daher eine Zurückhaltung der Gerste und des Habers seitens der Landwirte in der Hoffnung auf eine Verringerung der Bewirtschaftung oder auf eine Erhöhung der Preise durch nichts gerechtfertigt und unzweckmäßig.

### Kriegergräbstätten und Kriegergräberpflege.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Für den Nachweis der Kriegergräbstätten des In- und Auslandes und für die Kriegergräberfürsorge ist das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber (Z. N. K.), Berlin N. V. 7, Dorotheenstr. 48, die allein zuständige Behörde. — Durch Art. 225 des Friedensvertrags haben sich die alliierten und assoziierten Regierungen verpflichtet, die auf ihren Gebieten gelegenen deutschen Kriegergräbstätten mit Achtung zu behandeln und in stand zu halten. Nach den bisherigen Feststellungen liegt kein Grund für die Annahme vor, daß die Ententeregierungen dieser Verpflichtung nicht nachzukommen gedenken. Um eine geordnete Gräberpflege zu gewährleisten, werden in Frankreich und Belgien, zum Teil auch in anderen Ländern, die im Kampfgebiet zerstreut liegenden Kriegergräber und auch einige kleinere Friedhöfe zu Sammelfriedhöfen zusammengelegt. Das Zentralnachweiseamt erhält später über die ausgeführten Umbettungen besondere Protokolle und über die fertiggestellten Friedhöfe Listen durch die Ententeregierungen zugeandt. Da bei den Umbettungen die Gräbstätten in einheitlicher Weise hergerichtet werden, erscheint es zwecklos und dürfte den Gesamteinbruch fördern, wenn Angehörige Sonderwünsche bezüglich der Errichtung von Grabdenkmälern schon jetzt durchzuführen gedenken. Aus dem Vorstehenden erhellt, daß sichere Auskunft in vielen Fällen erst nach Beendigung der Umbettungsarbeiten, also wohl kaum vor Jahresfrist erteilt werden kann. Infolge der politischen Verhältnisse im Osten ist auch über dortige Gräber die Erteilung einwandfreier Auskünfte zurzeit häufig unmöglich.

### Liquidation deutscher Firmen in England.

Von der englischen Regierung ist nunmehr eine Aufstellung von etwa 250 deutschen, in England liquidierten Firmen eingegangen, in der der bei der Liquidation erzielte Erlös angegeben ist. Da der Wohnsitz der deutschen Beteiligten nicht angegeben ist, so können diese nicht benachrichtigt werden. Nähere Auskunft erteilt die Zweigstelle Stuttgart des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen, Kronenstr. 41 I.

### Steuerabzug vom Arbeitslohn der Hausangestellten.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach dem Reichseinkommensteuergesetz hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnauszahlung an den Arbeitnehmer einen Steuerabzug zu machen. Dies gilt auch für die Hausangestellten jeder Art. Es sind also auch Steuerabzüge zu machen bei der Zahlung des Lohns oder Gehalts an Hausdiener, Dienstmädchen, Köchinnen, Kindermädchen, Haushaltsgehilfen, Gesellschafterinnen, Hauslehrer usw. Die Hausangestellten erhalten in der Regel außer dem Barlohn Sach- oder Naturalbezüge, d. h. freie Kost, freie Wohnung u. dergl. Auch diese Sachbezüge sind steuerpflichtig. Aus Gründen der Vereinfachung ist aber für den Bezirk des Landesfinanzamts Stuttgart (Württemberg und Hohenzollern) vorläufig der abzugsfreie Betrag des Arbeitslohns und der Wert der freien Kost allgemein gleichgesetzt. Nicht der ganze Arbeitslohn unterliegt nämlich dem Abzug, vielmehr bleiben vom Abzug frei bei Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten 125 M für den Monat, bei einer Berechnung nach Wochen 30 M für die Woche, und bei einer Berechnung nach Tagen 5 M für den Tag. Nach der Bekanntmachung des Landesfinanzamts Stuttgart vom 7. August d. J. (Staatsanzeiger vom 7. August d. J. Nr. 182 S. 1 u. 2) ist der Wert der freien Kosten vorläufig auf 5 M für den Tag, 25 M für die Woche und 125 M für den Monat bemessen, so daß sich also die Werte der freien Kost und die abzugsfreien Beträge ausgleichen. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird im Abzugsverfahren vorerst außer Betracht gelassen. Diese Regelung hat für die Beteiligten den Vorzug der Einfachheit; es darf jedoch nicht vergessen bleiben, daß es sich hierbei nur um eine vorläufige Maßregel handelt, und daß die endgültigen Werte der freien Kost und der sonstigen Sachbezüge erst für das Veranlagungsverfahren, das nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 stattfindet, festgesetzt werden sollen.

Wie andere Arbeitnehmer sind die Hausangestellten verpflichtet, sich von der Gemeindebehörde eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und diese Steuerkarte dem Arbeitgeber (der Dienstherrschaft) bei jeder Lohnzahlung zum Einleiben und Entwerten der Marken vorzulegen. Der Steuerabzug beträgt 10 v. H. des Arbeitslohns. Bei Hausangestellten sind regelmäßig 10 Proz. des Barlohns einzubehalten. Für

## Das Kloster bei Sendomir.

Novelle von Franz Grillparzer.

„Dieselbe Nacht war eine des Schreckens für die Bewohner der umliegenden Gegend. Von einer Feuerwölke am Himmel aufgeschreckt, liefen sie zu und sahen die alte Warte an der Westseite der Tiergartenmauer von Starzenski's Schloße in hellen Flammen. Alle Versuche, zu löschen, waren vergebens; bald standen nur schwarze Mauern unter ausgebrannten rauchenden Trümmern. Man wollte den Grafen wecken; er fehlte, mit ihm sein Weib, sein Kind. Die Brandstätte ward durchsucht, und zwar allerdings menschliches Gebein aufgefunden, aber sollten das die Reste dreier Menschen sein?“

„Beim Scheiden derselben Nacht aber fühlte sich ein armes Köhlerweib im Gebirge die Glückseligste aller Sterblichen. Denn als sie mit ihrem Manne lag und schlief, pochte es an der Hütentüre. Sie stand auf und öffnete; da sah sie im Scheine des andredenden Morgens ein weinendes Kind von etwa zwei Jahren vor sich stehen, statt aller Kleider in ein weites Tuch gehüllt, ein Kästchen neben sich. Geöffnet, zeigte dieses reich Gold, als sich das arme Paar je beisammen geträumt hatte. Ein paar beigelegte Zeilen empfahlen das Kind der Fürsorge der beiden und versprachen Geldspenden in der Zukunft.“

„Nach zwei Tagen erschien der Graf wieder in der Mitte der Seinigen, aber nur, um sich zu einer Reise nach Warschau zu bereiten. Dort angelangt, suchte und erhielt er persönliches Gehör beim Könige, nach dessen Beendigung der Fürst, sichtbar erschüttert, seinen Kanzler holen ließ und ihm offene Briefe auszufertigen befahl, welche dem Grafen Starzenski,

als letzten seines Stammes, die freie Verfügung über seine Lehngüter einräumten.

„Die Güter selbst wurden teils verkauft und der Erlös zur Tilgung von Schulden verwendet, teils als Stiftung einem Kloster zu Eigentume gegeben, das man nicht fern von der Stelle zu bauen anfang, wo die alte, abgebrannte Warte gestanden hatte.“ Das ist die Geschichte dieses Klosters,“ entledete der Mönch.

„Der Graf selbst aber?“ — fragte einer der Fremden.

„Ich habe euch gleich anfangs gewarnt,“ sagte der Mönch, „nicht weiter zu fragen, wenn ich aufhöre, nun tut ihr's aber doch! Zahlreiche Seelmesse wurden gestiftet für die Ruhe derjenigen, die eine rasche Gewalttat hinweggerafft in der Mitte ihrer Sünden; um Vergebung für den Unglücklichen, der in verdammlischer Uebereilung Verbrechen bestraft durch Verbrechen. Der Graf war Mönch geworden in dem von ihm gestifteten Kloster. Anfangs fand er Trost in der Stille des Klosterlebens, in der Einförmigkeit der Bußübungen. Die Zeit aber, statt den Stachel abzustumpfen, zeigte ihm stets gräßlicher seine Tat. Über ihn kam seines Stammes tatenscheißender Geist und die Einsamkeit der Zelle ward ihm zur Folterqual. In Zweispach mit Geistern und gen sich selber wütend, hütete man ihn als Wahnsinnigen manches Jahr. Endlich geheilt, irrte er bei Tag umher; jedes Geschäft war ihm Erquickung, an den Bäumen des Forstes übte er seine Kraft. Nur nachts, um die Stunde, da die bellagenerwerte Tat geschah, die erste nach Mitternacht, wenn die Totenfeier beginnt“ — So weit war er in seiner Erzählung gekommen, da ward diese durch die ersten Töne eines aus der Kloster-

litche herüberdröhnenden Chorgezanges unterbrochen; zugleich schlug die Glocke ein Uhr.

Bei den ersten Lauten schüttelte den Mönch zusammen. Seine Knie schlotterten, seine Zähne schlugen aneinander, er schien hinsinken zu wollen, als sich plötzlich die Türe öffnete und der Abt des Klosters in hochauferlichteter Stellung, das Kreuz seiner Würde funkelnd auf der Brust, in die Schwelle trat. „Wo bleibst du, Starzenski?“ rief er, „die Stunde deiner Buße ist gekommen.“ Da wimmerte der Mönch, und zusammengekrümmt, wie ein verwundenes Tier, in weiten Kreisen, dem Hunde gleich, der die Strafe fürchtet, schob er sich der Türe zu, die der Abt, juridirend, ihm frei ließ. Dort angelangt, schob er wie ein Pfeil hinaus, der Abt hinter ihm, schloß die Türe.

Noch lange hörten die Fremden dem Chorgezange zu, bis er verklang in die Stille der Nacht und sie ihr Lager suchten zu kurzer Ruhe.

Am Morgen nahmen sie Abschied vom Abte, ihm dankend für die gastfreundliche Bewirtung. Der Jüngere gewann es über sich, nach dem Mönche der gestrigen Nacht zu fragen, worauf der Prälat, ohne zu antworten, ihnen eine glückliche Reise wünschte.

Sie zogen nach Warschau und nahmen sich vor, auf der Rückreise weitere Kunde von dem Zustande des Mönches anzuziehen, in dem sie wohl den unglücklichen Starzenski erkannt hatten. Aber eine Änderung in ihren Geschäften schrie ihnen eine andere Straße zur Rückkehr vor, und nie haben sie mehr etwas von dem Mönche und dem Kloster bei Sendomir gehört. Ende.



den einbehaltenen Lohnbetrag sind Steuermarken bei der Post zu kaufen, in die Steuerkarte einzulegen und durch Aufschreiben des Trags ihrer Verwendung zu entwerfen. Beträgt z. B. der auf 1. Oktober 1920 auszusahlende bare Monatslohn einer Köchin 80 M., so sind bei der Zahlung 8 M. einzubehalten, die dafür bei der Post eingetauschten Steuermarken in die Steuerkarte einzulegen und dadurch zu entwerfen, daß der Tag der Verwendung, 1. Oktober 1920, auf die Steuermarken geschrieben wird. Zugleich wird als Wert der eingelebten Steuermarken in der dafür vorgesehenen Spalte 4 der Steuerkarte 8 M. eingetragen. Die den Steuerarten aufgedruckte Gebrauchsanleitung enthält alles erforderliche. — Außer Betracht bleiben die Versicherungsbeiträge des Hausangestellten, wenn die Dienstverhältnisse die vollen Beiträge zur Zahlung auf eigene Rechnung übernommen hat. Soweit aber der Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge zu Lasten des Hausangestellten entrichtet, können diese letzteren Beiträge vom Arbeitslohn abgesetzt werden, jedoch der Steuerabzug nur von dem zur Auszahlung kommenden Nettobetrag des baren Arbeitslohns stattfindet. — Die Bestimmungen über den Steuerabzug für Hausangestellte sind, wie man sieht, sehr einfach und lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß 10 Proz. vom Barlohn einzubehalten und dafür Steuermarken in die Steuerkarte einzulegen sind. Wie jeder Arbeitgeber haften auch die Dienstverhältnisse nach § 50 des Eink.-St.-G. für die richtige Vornahme des Steuerabzugs neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner. Sie hat daher allen Grund, die Vorschriften des Steuerabzugs genau zu befolgen. Sind sich die Beteiligten über ihre Verpflichtungen im Unklaren, so erhalten sie bei dem Finanzamt ihres Bezirks die nötige Auskunft.

#### Mutmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Der Hochdruck steht jetzt im Norden und bringt die Störungen in Süddeutschland allmählich zur Auflösung. Am Donnerstag und Freitag ist zwar noch vielfach neblig aber zeitweilig aufheiterndes, trodenes und zu Nachfrösten geneigtes Wetter zu erwarten.

**Städtische Lebensmittel-Versorgung.**

Morgen Donnerstag, den 21. und Freitag, den 22. Oktober werden auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 Fleischkonserven (Corned Beef) ausgegeben. Reihenfolge: Donnerstag vormitt. von 8-12 Uhr Buchstabe A-G, nachm. von 2-5 Uhr H-N, Freitag vormittag von 8-12 Uhr O-S, nachmittag von 2-5 Uhr T-Z.

Preis für 1 kg. Büchse 1/4 Pfd. englisch Mk. 5.80, 1 gr. Büchse 6 Pfd. 47.—

Es wird gebeten, sich genau an diese Reihenfolge zu halten.

#### Erwidern!

**Dies unser erstes und letztes Wort!**

Auf die Angriffe im Anzeigenteil des Calwer Tagblattes Nr. 244 vom 19. ds. Mts. erwidern wir dem Vertreter des „Reichsbundes“ Platzmeister M. Bernhardt, daß wir unsere Aussagen voll und ganz aufrecht erhalten. Wenn der Artikelschreiber den Mitgliedern des Reichsbundes glauben machen will, an der Einstellung der Obstlieferung seien wir schuld, so sagen wir ruhig dem Betreffenden, sein Weizen blüht nicht mehr. Gleichzeitig empfehlen wir dem Artikelschreiber mehr Anstand zu bewahren und nicht so lakonisch zu sein.

August Rappold.

**Bezirks-Handels- und Gewerbe-Berein Calw.**

Am Donnerstag, den 21. ds. Mts., abends 8 Uhr, wird im Gasthaus zum „Badischen Hof“ hier, der Steuerberater der Handwerkskammer Reutlingen

**Das Gesetz betr. das Reichsnotopfer an Hand der Steuererklärungsformulare, welche mitzubringen sind, erläutern.**

Hierzu werden alle Interessenten von Stadt und Bezirk freundlichst eingeladen.

Der Vorstand: Heinrich Essig.

**Spar- u. Consumverein Calw und Umgegend e. G. m. b. H.**

**Die Rüdbergütungscheine** zu 20 und 40 Mark sind bis Montag, den 25. Oktober, in den in den Verkaufsstellen erhältlichen Umschlägen, die deutlich überschrieben sein müssen, abzugeben.

Der Vorstand.

**Für sofort jüngeres, gewandtes Schreibfräulein gesucht.**

Angebote an Floreatwerke Hirsau.

**Die Denkschrift der Regierung zum Steuerfreik.** (S. 23.) Stuttgart, 19. Okt. Die angekündigte Denkschrift der Regierung über die Maßnahmen der württ. Regierung zur Durchführung des Steuerabzugs liegt nunmehr vor. In der Vorgeschichte werden die Einzelheiten aus den drei von der Schlichtung betroffenen Werken mitgeteilt. Bezeichnend ist, daß bei Robert Bosh Hauptwerk Stuttgart, die Zurücknahme des Steuerabzugs und die Bezahlung der Verhandlungskosten durch die Firma von der Arbeiterschaft mit 5 Minuten Bedenkzeit erzwungen wurde. Bei der Maschinenfabrik Ehlingen drangen Arbeiter ins Zimmer des Direktors mit der Drohung, die Direktion totzuschlagen, wenn nicht der Steuerabzug herausbezahlt werde, ein. Die Vorgänge bei Daimler sind durch die Darstellung in den Werksnachrichten der Firma bekannt. Die Regierungsdienkschrift wird im Landtag noch ein geteiltes Echo finden.

**Eine Anstalt für den Physikunterricht.** (S. 23.) Stuttgart, 19. Okt. Im Laufe des letzten Jahres wurde in den Räumen der ehemaligen Hofwaschanstalt in der Wilhelmstraße ein Institut eingerichtet, das der Förderung des physikalischen Unterrichts dienen soll. Durch die großzügigen Stiftungen von Dr. Rob. Bosh waren außergewöhnliche Mittel zur Verfügung gestellt worden, 60 000 M. zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, 100 000 M. zur Gründung einer Anstalt für den Physikunterricht. Die Stadt Stuttgart sicherte einen jährlichen Beitrag von 3000 M. zu. Als infolge der Teuerung die Preise um ein Mehrfaches in die Höhe gingen, andererseits aber das Bedürfnis dringender wurde, weil die Schulen jetzt bei der Verwendung ihrer spärlichen Mittel noch vorsichtiger sein müssen, griff wieder die Robert-Bosh-Kriegsstiftung ein und bewilligte weitere 50 000 M. und eine Anzahl Industrieller gaben trotz der Ungunst der Zeiten Geldbeiträge und überließen der Anstalt ihre Erzeugnisse, Maschinen und Einrichtungsgegenstände. Die neue Anstalt für

Physikunterricht will den Kandidaten des höheren Lehramts während ihres Vorbereitungsjahres Gelegenheit geben, sie mit der Handhabung der gebräuchlichen physikalischen Schulapparate, mit einfachen Mechaniker-, Schreiner- und Glasbläserarbeiten vertraut machen. Für die Lehrer an kleineren Schulen sollen Kurse eingerichtet werden, die sie mit der Technik und Methodik des Physikunterrichts bekannt machen. Ferner soll eine vollständige Musterammlung von physikalischen Apparaten, die Eingliederung von Schülerübungen in den Unterricht der höheren Schulen, private Erfindungen von Physiklehrern gesammelt und ausgestellt werden. Geplant ist auch noch die Einrichtung einer einfachen Schulsternwarte.

(S. 23.) Calw, 19. Okt. Der wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Spang hat kürzlich einen Löffel geschluckt und mußte ins Krankenhaus verbracht werden. Nun wurde er als geheilt wieder ins Untersuchungsgefängnis gebracht, aber schon bei der ersten Maßzeit verschluckte er abermals seinen Löffel. Er erreichte dadurch auf neue seine Verbringung ins Krankenhaus.

Für die Schriftleitung verantwortl.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

# Pebeco

wird seit über 25 Jahren von Ärzten und Zahnärzten empfohlen als eins der zuverlässigsten Mittel zur Pflege des Mundes und der Zähne.

Probieruben versenden kostenfrei

**P. Beiersdorf & Co., G. m. b. H., Hamburg 30.**

**Verloren** gegangen ist eine **Brieftasche** mit Geldbetrag am 17. Oktober 1920 auf dem Weg von Altburg-Oberreichenbach-Igelsloch-Jainen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben bei **Ernst Hölzle, Goldarbeiter, Jainen.**

**Javelstein.** Von heute ab kann **Hanf und Hanfwerg** zum Spinnen u. Weben (ohne Freischeln) bei mir angenommen werden. Muster von Webwaren können eingesehen werden. **Friedrich Frommer-Weber.**

**Großen holländ. Blumentohl** pro Kopf Mk. 5.— und Mk. 6.— empfehlen **Pfannkuch & Co.**

Zu verkaufen: **Schön. Harmonium** 4 Okt., nußb. pol., Ton voll und weittragend, 50 Kg. **la weiße Schmierseife** Mk. 3.— per Pfd. **Hirsau, Liebenzellerstraße Nr. 145a, gegenüber Wirtschaft Walz.**

**Seltene Gelegenheit!** 3 Duzend **Spießstiche**, rein Aluminium auf nur Mk. 55.— geg. Nachnahme. **Dr. Geiser, Metalle, Lorch (Reinstal).**

Eine **Holzstange** zum Aufbewahren von Feldfrüchten ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

**1 Fischeaquarium** verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Sagd-Hund,** (10 Monate alt), preiswert zu verkaufen. **Amtsgerichtsdienster Friedrich, Calw.**

**Es gibt nur eine Eiweiß-Nahrung Urkraft**

Unterernährte, Kranke, Genesende, Kinder, sowie werdende und stillende Mütter gebrauchen nur **Urkraft**.



**Ärztlich empfohlen.** Zu haben in Apotheken zu 5 und 10 Mark in Sportorten u. Drogarien, wo nicht, sende man sich an **Ernährungsweise Dr. Richter & Co. GmbH, Bielefeld.**

**Buchene Holzkohlen** in Säcken sind wieder eingetroffen und werden billigt abgegeben. **Wiederverkäufer und Handwerker erhalten Sonderpreise.** **Emil Retter, Weilsberstadt.**

**Felle** für Leder wie Pelzfabrikation kauft zu d. allerhöchsten Tagespreisen an **Erich Malschhofer, moderne Tierausstopperei, Lindenstr. 52, Pforzheim Teleph. 1501.**

**Pferdeknecht-Gesuch.** Gesucht einen zuverlässigen, älteren **Wacker-Knecht** zum Fahren mit einem Pferd. **Dienst-Mädchen** von 14-16 Jahren, welchem Gelegenheit geboten ist, häusliche Arbeiten zu lernen, sofort gesucht. **Riehle & „Rappen“, Weilsberstadt, Tel. 7.** **Hirsau.** Möbliertes **Zimmer** mit 1 oder 2 Betten hat zu vermieten. Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl. **Dachtel.** Einen **Einpänner-Leiterwagen** hat zu verkaufen. **Friedrich Gehring.**

**Friseur-Lehrstelle** gesucht. Gesucht für einen 15jähr. Jungen eine Lehrstelle bei tüchtigem Meister, der Junge kann sofort eintreten. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Blattes.

**Schuhmacher-Gesuch.** Ein tüchtiger Arbeiter auf neue Arbeiten und Sohlerei findet dauernde Stelle bei **Fr. Dongus, Schuhmachern, Marktpl.**

**Gute Legehühner** sucht zu kaufen **Heinrich Hengstenberg, Hirsau, (Villa Heligena).**

**Badischer Hof \* Calw.** Samstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr

**Die Winterreise** Ein Liedercyklus von Franz Schubert vorgetragen von **Fritz Haas (Stuttgart)** Am Flügel: **Hermann Keller (Stuttgart)** Karten zu 4,50; 3,50 und 2,50 Mk. (ausschließlich Steuer) sowie Liedertexte zu 60 Pfg. in der Buchhandlung Häußler und abends an der Kasse.

Die glückliche Geburt eines kräftigen **Buben** zeigen hoch erfreut an **Dentist F. Lück und Frau, Bad Liebenzell.**

**Bad Teinach. Gasthof zum „Hirsch“** bis auf weiteres geschlossen.

Ein **Reißbrett, Reißschiene, Reißzeug, ein Rechts-Spizwinkel** zu kaufen gesucht. **Heinrich Mienhardt, Ernstmühl.**

Ein Paar fast neue **Lackschuhe** (Ballschuhe), Größe 37, für schmalen Fuß, billig zu verkaufen. **Nonnengasse 146.**

**Haberkleie** empfiehlt **Otto Jung.** Säcke mitbringen.

Die Ar...  
Um sch...  
Schon in...  
liche Mit...  
nachricht...  
von diese...  
nicht mehr...  
warten m...  
Lage einig...  
sein: an...  
Standesverh...  
Bolschewi...  
kämpfen...  
rialismus...  
auch die...  
schwerste...  
hat einjad...  
Wilna be...  
„unabhäng...  
ten, eben...  
und seine...  
Entente g...  
Lofigkeit...  
orienta...  
Lienische...  
ihm, die...  
Frieden...  
energisch...  
rückgetre...  
stimmt u...  
Kleinasi...  
Eingebore...  
Man f...  
und mit...  
lebendig...  
es noch g...  
De u i j...  
zu Extre...  
unter den...  
gegen die...  
Um Deut...  
können, d...  
die Franz...  
päischen...  
Der bet...  
diese fran...  
Europas...  
eine Poli...  
wirtschaft...  
manische...  
System u...  
waffnet...  
reichs ist...  
Rumänien...  
wieder ei...  
ins Leder...  
trennung...  
zu bewert...  
her Teile...  
erster Lin...  
fangen, r...  
immer n...  
das umfo...  
d. h. die...  
die Sozia...  
dieser Pa...  
die Ansch...  
sionsfrage...  
8 Sige v...  
in Wien...  
In diese...  
kaiser s...  
dem dieje...  
und erklä...  
land sei n...  
ebenja sel...  
bild tritt...  
burgs Kre...  
währleis...